

Der Open-Access-Publikationsserver der ZBW – Leibniz-Informationzentrum Wirtschaft  
*The Open Access Publication Server of the ZBW – Leibniz Information Centre for Economics*

Groß, Thomas; Hardmeier, Sibylle

Preprint

## Sinkende Geburtenraten als Herausforderung für den Wohlfahrtsstaat: Lösungswege der Familien- und Arbeitsmarktpolitik im internationalen Vergleich

Suggested citation: Groß, Thomas; Hardmeier, Sibylle (2009) : Sinkende Geburtenraten als Herausforderung für den Wohlfahrtsstaat: Lösungswege der Familien- und Arbeitsmarktpolitik im internationalen Vergleich, <http://hdl.handle.net/10419/32802>

**Nutzungsbedingungen:**

Die ZBW räumt Ihnen als Nutzerin/Nutzer das unentgeltliche, räumlich unbeschränkte und zeitlich auf die Dauer des Schutzrechts beschränkte einfache Recht ein, das ausgewählte Werk im Rahmen der unter

→ <http://www.econstor.eu/dspace/Nutzungsbedingungen> nachzulesenden vollständigen Nutzungsbedingungen zu vervielfältigen, mit denen die Nutzerin/der Nutzer sich durch die erste Nutzung einverstanden erklärt.

**Terms of use:**

*The ZBW grants you, the user, the non-exclusive right to use the selected work free of charge, territorially unrestricted and within the time limit of the term of the property rights according to the terms specified at*

→ <http://www.econstor.eu/dspace/Nutzungsbedingungen>  
*By the first use of the selected work the user agrees and declares to comply with these terms of use.*

# **Sinkende Geburtenraten als Herausforderung für den Wohlfahrtsstaat – Lösungswege der Familien- und Arbeitsmarktpolitik im internationalen Vergleich.**

Thomas Groß\* und Sibylle Hardmeier\*\* (2009)

## **Abstract**

The main focus of this contribution is to present pathways leading to a successful family policy. With the aid of the new MVQCA approach, we shall perform a multivariate analysis of various European patterns of regulation in family policies based on a sample of 16 countries. The theoretical assumptions are based on the breadwinner model. It is shown that structures typical of the breadwinner model can (still) be found in almost all the countries examined, and that these have a crucial effect on the birth rate. This article demonstrates why, along with child care supply and comprehensive female participation in the labour market, accompanying measures in family policy, especially financial support, are key factors in the increase of birth rates.

## **Zusammenfassung**

Die zentrale Stoßrichtung dieses Beitrages ist es, Wege für eine erfolgreiche Familienpolitik aufzuzeigen. Basierend auf einem 16-Ländersample und unter Zuhilfenahme des neuen MVQCA-Ansatzes werden unterschiedliche europäische familienpolitische Regulierungsmuster multivariat untersucht. Die theoretischen Annahmen basieren auf dem Ernährermodell. Es zeigt sich, dass (noch) in fast allen Ländern ernährertypische Strukturen zu finden sind und die Kinderraten entscheidend beeinflussen. Es wird dargestellt, warum flankierende familienpolitische Maßnahmen, besonders im finanziellen Bereich, neben einem hohen Kinderbetreuungsangebot und einer umfassenden Teilhabe der Frauen am Arbeitsmarkt, zentrale Faktoren sind, die zu einer Erhöhung der Kinderrate beitragen können.

Schlagwörter: Geburtenrate, Sozialstaat, Frauenerwerbstätigkeit, Kinderbetreuung, Familienbesteuerung, Erziehungsurlaub, Mutterschutz, Öffentliche Sozialausgaben, Geschlechterforschung, Multi Value Qualitative Comparative Analysis

JEL: D63, H31, H53, I38, J13, J16, J21

---

\*Dipl. Pol. Thomas Groß ist wissenschaftlicher Referent an der Deutschen Zentralbibliothek für Wirtschaftswissenschaften in Kiel.

\*\*Dr. Sibylle Hardmeier, ehem. Forschungsprofessorin am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.

## 1. Einleitung

„Kinder haben die Leute immer“. Dieser Automatismus, den der erste deutsche Bundeskanzler, Konrad Adenauer, 1957 noch meinte benennen zu können, ist heute stark in Frage gestellt. Die internationalen Daten sprechen trotz der Varianzen auf unterschiedlichen Niveaus für viele moderne Industriestaaten die Sprache eines unmissverständlichen Trends (Council of Europe 2003; United Nations 2005), der zuweilen dramatische Züge annimmt und Begriffskreationen wie „lowest-low fertility“ (Kohler et al. 2002) für Länder mit Fertilitätsraten von unter 1.4 hervorruft. In den letzten 30 Jahren sind die Fertilitätsraten fast ausnahmslos und erheblich gesunken, so dass sie heute, wie zum Beispiel auch in Deutschland, deutlich unter jener Rate von 2.1 Kindern pro Frau liegen, mit der sich ein Staat gemeinhin selbst und ohne Zuwanderung reproduzieren kann (Castles 2003: 210).<sup>2</sup> Somit verstärken die sinkenden Geburtenzahlen zusammen mit einer steigenden Lebenserwartung einen demographischen Trend, der in einer zunehmenden Überalterung unserer Bevölkerung mündet und die ökonomische Leistungsfähigkeit unserer Gesellschaften ebenso beeinflusst, wie die Belastungsfähigkeit der Sozialversicherungssysteme. Daher ist es keineswegs erstaunlich, dass die aktuellen Fertilitätsraten zum Teil heftige Debatten über angemessene Antworten und Policymaßnahmen auslösen.

Allerdings deutet allein die Verwendung des Begriffs „Fertilität“<sup>3</sup> auf grundlegende Auslassungen und Selektionen in dieser Debatte hin: Der Begriff suggeriert, abnehmende Geburtenzahlen seien ein biologisches und weniger ein gesellschaftliches Problem. Gleichzeitig lädt der Begriff dazu ein, die „Fruchtbarkeit der Frauen“ zu thematisieren, während es sich faktisch um eine Verantwortlichkeit in einem Geschlechterarrangement handelt. Daher verwenden wir nachfolgend den Begriff „Kinderrate“ und operationalisieren ihn als unsere abhängige Variable.

Gleichzeitig impliziert unser Verweis auf den Einfluss von Geschlechterarrangements auch, dass Kinderraten nicht nur in Abhängigkeit von klassischen sozialpolitischen und wohlfahrtsstaatlichen Arrangements zu verstehen sind, sondern die Ver-Geschlechtlichung derselben in Betracht zu ziehen ist. Bei der Erörterung von relevanten Policy-Dimensionen,

---

<sup>2</sup> Für Deutschland wurde diese Zahl jüngst nach unten, auf den Wert 1.7, korrigiert; vgl. BMFSFJ 2005.

<sup>3</sup> Die Demographie spricht zum einen von der *Geburtenrate*, welche die Anzahl der Geburten in Relation zur Gesamtbevölkerung angibt (also die Anzahl der Geburten pro Jahr bezogen auf 1.000 Einwohner), so dass sich darin auch Altersstrukturen einer Gesellschaft niederschlagen.

Auf der anderen Seite steht die *Fertilitätsrate*, welche die Relation der Geburten zur Gesamtzahl der Frauen – zumeist einem spezifisch definierten Alterssegment (wie 15 bis 44 Jahre) – berechnet. Sie gibt an, wie viele Kinder eine Frau durchschnittlich hätte, wenn die aktuellen Verhältnisse für den gesamten Zeitraum gelten würden.

welche die Kinderrate beeinflussen können, ist die mittlerweile klassische Kritik der Genderforschung an Esping-Andersens bekannter Typologie der Wohlfahrtsstaaten (1990) zu berücksichtigen, die sich in der Entwicklung einer wohlfahrtsstaatsspezifischen Ernährermodelltypologie niederschlägt: Die Arbeitsmarktpolitik und namentlich der Zugang von Frauen (und Müttern) zu bezahlter Arbeit prägt die nationalen Kinderraten ebenso wie deren sozialrechtliche Absicherungen oder steuerliche Veranlagung (z. B. Dingeldey 2000). Hinzukommen sozialstaatlich intendierte familienpolitische Maßnahmen in Form von monetären Zuwendungen oder infrastrukturellen Betreuungs- und Pflegeformen (Orloff 1993; Sainsbury 1999; Ostner 2004).

Der Artikel setzt sich daher zum Ziel, zur bisher eher hitzig geführten Debatte über die Rolle der Frau innerhalb der Familie bzw. der Arbeitswelt und disparaten Forschung insofern beizutragen, als er basierend auf den grundlegenden Annahmen der „Ernährermodells“<sup>4</sup> eine Systematisierung möglicher Einflussgrößen vornimmt und analytisch folgende Frage in den Vordergrund stellt: welche Policymaßnahmen führen zu einer hohen Kinderrate und welche nicht? Angelehnt an den ernährerspezifischen Forschungsstand wird bei der Analyse der unterschiedlichen Familienpolitiken folgende Arbeitshypothese zu Grunde gelegt: Die Familienpolitik ist – gemessen an der Höhe der Kinderrate – in der Tendenz erfolgreicher, je schwächer der Einfluss des Ernährermodells innerhalb des jeweiligen Wohlfahrtsstaatssystems ist – gemessen anhand von familienpolitischen Regulierungsmustern (Geld-, Zeit- und Dienstleistungen) und dem Ausmaß der Arbeitsmarktintegration von Frauen (Erwerbstätigenquoten).

Diese Grundannahmen gehen wiederum Hand in Hand mit dem Versuch, auch einen methodischen Beitrag zur vergleichenden Policy-Forschung zu leisten. Zwar wurde in jüngster Zeit die Vielzahl von einzelnen Länderstudien mit einigen wichtigen, ländervergleichenden Analysen ergänzt, trotzdem weist die Forschung noch beträchtliche Lücken auf: Während einerseits viele der vergleichenden Analysen mit Fallstudien arbeiten und folglich nur eine beschränkte Anzahl Länder untersuchen können (z.B. Grant et al. 2004; DiPrete et al. 2003; Gupta et al. 2006), verhindert andererseits, bei Arbeiten mit mehr als einer handvoll Fälle, oft die der Untersuchung zu Grunde gelegte Analysemethode eine tiefgreifende Analyse des komplexen Zusammenspiels von einzelnen Policyinstrumenten. Daher wählen wir für unsere Analyse die von Cronqvist (2003) entwickelte MVQCA-Methode („Multi-Value Qualitative Comparative Analysis“), die auf Ragins (1987) QCA-Ansatz zurückgeht, ihn aber modifiziert und weiterentwickelt. Dabei ist für diesen Zugang

---

<sup>4</sup> Die Charakterisierung von Wohlfahrtssystemen anhand des Ernährermodells (engl. breadwinner model) fokussiert auf die Geschlechterbeziehungen in verschiedenen Politikspähren.

neben der Tatsache, dass er für Studien mit einer mittleren Fallzahl geeignet ist, charakteristisch, dass er von Beginn der Analyse weg starkes Gewicht auf alle möglichen Interaktionen von Kausalfaktoren – sozusagen unabhängige Variablen – legt und sich zum Ziel setzt, die relevanten Kombinationen dieser Kausalkonditionen zu finden, welche die Ausprägungen eines Outcomes wie die Quantität der Kinderraten erklären. Damit wird die komplexe Kausalität von Beziehungen berücksichtigt. Eine weitere Stärke dieser Methode gegenüber herkömmlichen statistischen Verfahren ist die Beachtung der Äquifinalität. Demnach kann ein und dasselbe Phänomen durch verschiedene Faktoren (hinreichende Bedingungen) oder die Kombinationen von Faktoren (notwendige Bedingungen) verursacht werden.

Dabei gehen wir wie folgt vor: Dieser Einleitung folgt ein zweites Kapitel, welches den bisherigen Forschungsstand evaluiert. Danach wird in einem dritten Abschnitt die methodisch-theoretische Anlage der Untersuchung vorgestellt. Es folgt in einem vierten Kapitel die Darlegung der empirischen Analyseergebnisse. Zum Schluss wird im fünften und letzten Abschnitt ein entsprechendes Fazit gezogen.

## **2. Forschungsstand**

Fertilitätsstudien werden abgesehen von Medizinerinnen und Biologen, auch von Demografen, Ökonominnen, Familiensoziologen und Politikwissenschaftlerinnen betrieben und umfassen ein entsprechend breites Untersuchungsfeld. Auch wenn wir die typischen Fragen der Demografie<sup>5</sup> ausblenden, wird ersichtlich, dass in den Disziplinen zuweilen spezifische theoretische Erklärungsmuster wie die ökonomische Theorie rationalen Handelns,<sup>6</sup> die Sozialstruktur- oder Wertewandelsthese<sup>7</sup> sowie policy-analytische und gleichstellungspolitische Argumente favorisiert werden.<sup>8</sup> In jüngster Zeit und vor dem Hintergrund der Tatsache, dass es keine allgemein anerkannte Fertilitätstheorie gibt bzw. geben kann (Caldwell/Schindlmayr 2003: 256; Brewster/Rindfuss 2000: 290), stehen jedoch

---

<sup>5</sup> Wie verlaufen Kinderraten? Welche Rolle spielen „birth timing“, „birth spacing“ (und somit das Alter der Mütter), Heiratsmuster oder Scheidungsraten? Welche Prognosen bzw. Prognoseinstrumente und -maße sind sinnvoll? Vgl. zum Beispiel Sobotka (2004) und Casterline (2001).

<sup>6</sup> Demnach wird der Kinderentscheid ähnlich wie ein Konsumgüterentscheid behandelt (Ahn/Mira 2002) und die direkten sowie indirekten Kosten (Opportunitätskosten) des Kinderkriegens bzw. –habens stehen im Vordergrund (DiPrete et al. 2003). Die „evolutionistische“ These der „relaxed fertility selection“ kann ebenfalls unter diese Theorie subsumiert werden. Der Fall Deutschland wird vor allem von Bhaumik und Nugent (2005) aus dieser Perspektive beleuchtet; vgl. dazu auch Hardmeier/von Wahl (2007).

<sup>7</sup> Darunter sind jene Studien zu subsumieren, welche den Wandel der Familienstrukturen und –einstellungen in den Vordergrund rücken.

<sup>8</sup> Zu den theoretischen Zugängen siehe den bisher wohl umfassendsten, sozialwissenschaftlichen Überblicksartikel von Caldwell/Schindlmayr (2003).

komplementäre Interpretationen und integrative Zugänge eher im Vordergrund.<sup>9</sup> Dies ist einerseits auf methodische Innovationen bei den Länderstudien zurückzuführen, indem mittels Mehrebenenanalysen Präferenzen, Sozialstruktur sowie Policy-Kontexte gleichzeitig erfasst werden können (Kravdal 1996; Hank et al. 2004). Andererseits hat die Genderforschung in Form der idealtypischen Konstruktion des so genannten Ernährermodells hier wichtige Einsichten geliefert (Torr/Short 2004; Brewster/Rindfuss 2000; Neyer 2005): Erstens hat dieser Forschungsstrang zur Problematik der (Un-) Vereinbarkeit oder „work-life balance“ auf die geschlechtsspezifische Interaktion von Elternschaft und Arbeitsmarktintegration hingewiesen. Analysen der Familien- und Fertilitätspolitik werden daher sinnvollerweise mit Aspekten der Arbeitsmarktpolitik ergänzt. Zweitens hat insbesondere die Genderforschung aufgezeigt, wie wohlfahrtsstaatliche Arrangements Kinderraten prägen und reproduktive Entscheidungen der potentiellen Mütter und Väter rationale Antworten auf policy-bezogene Regulierungsmuster sein können.

Bei den politik- und sozialwissenschaftlichen Studien fallen zudem zwei Charakteristika und Desiderata auf: Zum ersten überwiegen Studien mit kleinen Fallzahlen<sup>10</sup> oder Fallstudien zu einzelnen Wohlfahrtsstaaten.<sup>11</sup> Dabei verweisen diese Studien - so sehr wie sie unser Verständnis von fertilitätsrelevanten Arrangements schärfen – auf zwei Probleme. Zum einen dokumentiert die hohe Anzahl Studien mit kleinen Fallzahlen die Tatsache, dass länderübergreifende Policyanalysen mit Datenproblemen<sup>12</sup> zu kämpfen haben. Zum anderen kommen diese Studien über die detaillierte Deskription oder Analyse von bivariaten Zusammenhängen häufig nicht hinaus und werden daher der Kombinatorik oder Wirkungsbeziehung unterschiedlicher Policymaßnahmen, auf die Hantrais (1997) schon früh hingewiesen hat und die Brewster und Rindfuss (2000: 220) noch einige Jahre später reklamieren, nicht gerecht (DiPrete et al. 2003; Grant 2004).<sup>13</sup> Zum zweiten fehlt häufig eine

---

<sup>9</sup> Ein profiliertes Beispiel stellt Hakims (2003) stark individualistischer „Preference-Ansatz“ dar, welcher Argumente der rational choice Theorie mit attitudinalen Zugängen kombiniert und „personal values“ sowie rationales „decisionmaking“ in den Vordergrund rückt. Zudem betont dieser Ansatz die Diversität unter den Frauen und gelangt zur seltenen Policy-Empfehlung, Maßnahmen für die so genannten „home-centered women“ anzudenken. Im Ansatz von DiPrete et al. (2003) werden Kosten ebenfalls breit, nicht nur monetär, gefasst und damit institutionalistische oder policy-analytische Aspekte mitberücksichtigt.

<sup>10</sup> Damit sind Fallstudien oder Studien mit wenigen (ca. 1-5) Untersuchungseinheiten, zumeist Länder, gemeint.

<sup>11</sup> Eine detaillierte Bibliographie zu diesen Studien sprengt den Rahmen des vorliegenden Artikels. Es gilt lediglich darauf hinzuweisen, dass neben sehr differenzierten Untersuchungen für die ‚vorbildlichen‘ skandinavischen Länder (vgl. zum Beispiel Andersson et al. 2004) heute auch die südeuropäischen Staaten interessieren, da sie trotz ausgeprägter Familienpolitik abnehmende Fertilitätsraten aufzeigen. Zu regionalen Besonderheiten vgl. auch Caldwell/Schindlmayr 2003. Für Deutschland sei insbesondere auf die Autoren Hank, Bhaumik und Nugent verwiesen.

<sup>12</sup> Die Verwendung der Daten bleibt beschränkt, weil insbesondere Erhebungszeiträume und Erhebungsmethoden häufig nicht identisch sind. Vgl. auch Brewster/Rindfuss (2000: 221).

<sup>13</sup> Auf ganz allgemeiner, theoretischer Ebene hat sich McDonald für eine komplexere und interdependente Sichtweise stark gemacht, indem er in seiner Entwicklungstheorie für die Industriestaaten zwischen individuell

policy-analytische Einordnung der analysierten familien- und arbeitsmarktpolitischen Instrumente<sup>14</sup> mit Einfluss auf die Fertilität, was die Vergleichbarkeit der Studien untereinander einschränkt.

Der vorliegende Artikel setzt bei diesen Desideraten ein. Wir setzen uns zum Ziel, die Grenze der Small-N Untersuchungen zu sprengen und trotzdem den Einfluss von institutionellen Kontexten der Familien- und Arbeitsmarktpolitik zu berücksichtigen. Das geht methodisch mit der Innovation einher, mittels der von Cronqvist weiterentwickelten multivariat arbeitenden QCA-Methodik von Ragin, die Wechselwirkung von unterschiedlichen Faktoren stärker zu beleuchten (vgl. Abschnitt 3). Analytisch nehmen wir eine Rubrizierung der Familienpolitiken vor, die idealtypisch zwischen geldwertigen (z.B. Sozialleistungsquoten), zeitwertigen (z.B. Mutter- oder Elternurlaub) und infrastrukturwertigen Leistungen (z.B. Kinderbetreuungseinrichtungen) unterscheidet (Klammer 2005; Hardmeier/von Wahl 2007). Darüber hinaus werden die Effekte von Steuer- und Arbeitsmarktpolitik in Betracht gezogen. Auch die nachfolgende, detaillierte Darstellung des Forschungsstandes soll mit einer Einteilung entlang dieser Dimensionen den Durchblick durch das breite Forschungsfeld erhöhen. Aus methodischen Gründen fokussieren wir allerdings auf vergleichende Studien mit größeren Fallzahlen. Somit werden auch die bisherigen, unvollständigen Reviews und synoptischen Tabellen - insbesondere von Sleebos (2003: 49 ff.) – sinnvoll ergänzt.

Mit der Annäherung ökonomischer und institutioneller Erklärungsansätze in Fertilitätsstudien sind Erklärungsfaktoren, die auf der Makroebene anzusiedeln sind, ins Zentrum des Interesses gerückt (DiPrete et al. 2003). Dabei geht es zunächst um *geldwertige* familienpolitische Leistungen. Hierzu wird ganz allgemein der potenzielle Effekt von Sozialschutzausgaben eines Staates auf die Kinderraten thematisiert. Hierzu zählen, je nach der Operationalisierung der Variablen, u. a. Geburtsbeihilfen, das Kindergeld, Kinderkredite oder die staatlichen Ausgaben für Betreuungseinrichtungen. Ein Überblick über Studienergebnisse zu diesem Aspekt zeigt indessen, dass dieser Effekt eher überschätzt wird (Brewster/Rindfuss 2000: 285): Erstens kann ein genereller und stark positiver Einfluss der Sozialausgaben auf die Fertilität nicht festgestellt werden. Zwar beobachten vor allem ökonomisch orientierte

---

und familienorientierten Institutionen unterschieden hat (2000: 437): „When gender equity rises to high levels in individual-oriented institutions while remaining low in family-oriented institutions, fertility will fall to very low levels.“

<sup>14</sup> Wichtige Ausnahmen bestätigen diese Regel: So stellt Sleebos (2003: 34) ein integratives Erklärungsmodell zum Kinderentscheid vor und unterscheidet zwischen direkten Einflußgrößen der Policies (financial incentives) und indirekten Effekten (child care, child leave, family-friendly workplaces, welfare system, tax system). Allerdings bleibt die empirische Analyse hinter diesem Modell zurück und arbeitet bivariat.

Studien, wie jene von Meier (2005) oder auch Gauthier und Hatzius (1997), letztere mit einer beachtlichen Zeitreihe, einen positiven Einfluss von monetären Anreizen. So würde gemäß Meier (2005: 36) eine Erhöhung des Kindergeldes um 10% in Deutschland die Kinderrate um 2,2% (oder 0,03 Kinder pro Frau) erhöhen. Bei Gauthier und Hatzius (1997: 304) würde die Erhöhung der Geldleistungen für das erste Kind<sup>15</sup> um 25% die Kinderrate um 4% (oder 0,07 Kinder pro Frau) ansteigen lassen. Insgesamt bleibt der Effekt - bei regionalen Unterschieden – aber klein, um nicht das Attribut „trivial“ (Fahey/Speder 2004: 25; vgl. auch DiPrete et al. 2003) zu benutzen. Zweitens können andere Studien (Castles 2003: 223; Sleebos 2003: 37; Hardmeier/von Wahl 2007) die Signifikanz von Sozialausgaben gerade nicht bestätigen.

Zu den klassischen familienpolitischen Maßnahmen zählen solche, die Elternschaft ökonomisch absichern und schützen, indem sie Zeit für Geburt und Erziehung zur Verfügung stellen. Insofern zählen die *zeitwertigen* Leistungen Mutterschafts-, Eltern-, und Erziehungsurlaub zu den Grundfesten jeder staatlichen Familienpolitik und werden meistens unter dem Begriff „parental leave systems“ zusammengefasst. In den meisten Staaten stammt der Mutterschaftsurlaub als Teil der Mutterschutzgesetzgebung aus dem 19. Jahrhundert und umschreibt die staatlich bezahlte Freistellung unmittelbar vor und nach der Geburt eines Kindes, die ursprünglich zum Schutz der Mütter bzw. Wöchnerinnen eingeführt worden war. Mittlerweile kann dieser „Urlaub“ in Deutschland von beiden Elternteilen in Anspruch genommen werden, und die Leistungen wurden im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts deutlich ausgebaut (Gauthier 2000: 3 ff.). Entsprechend ist in diesem Zusammenhang von Elternurlaub die Rede. Darüber hinaus wird eine weitere Freistellung gewährt, die der Erziehung der Kinder allgemein dient. Dieser Erziehungsurlaub ist viel jüngeren Datums. Während er im Jahre 1970 von den heutigen EU-Staaten lediglich in Österreich und Italien angeboten wurde, hat er sich bis Ende der 1990er Jahre in allen EU-Staaten durchgesetzt.<sup>16</sup>

Dabei wird die Wirkungsweise der ersten zeitbezogenen Variable *Mutterschaftsurlaub* in empirischen Arbeiten zur Fertilität eher selten thematisiert und die wenigen vergleichenden Studien rechtfertigen diese Nichtbeachtung insofern, als sie deren Bedeutungslosigkeit (Gauthier/ Hatzius 1997: 301; Castles 2003: 223; Hardmeier/von Wahl 2007: 332) oder deren ambivalente Wirkung auf die Kinderrate (Sleebos 2004: 40) festhalten. Weder führt ein großzügiger Mutterschaftsurlaub zu einer hohen Kinderrate, noch ein restriktiver geburtsbezogener Urlaub zu einer geringen Kinderrate.

---

<sup>15</sup> Ab dem zweiten Kind nimmt dieser Effekt ab. Zudem reagieren die einzelnen Wohlfahrtsstaaten unterschiedlich auf monetäre Steuerungsversuche (Gauthier/Hatzius 1997: 303).

<sup>16</sup> Dies ist auch auf die EU-Rechtsprechung zurückzuführen. Die Elternzeit-Richtlinie von 1996 sieht vor, dass allen Eltern einen Rechtsanspruch auf einen bis zu dreimonatigen Erziehungsurlaub haben.



In engem zeitlichen Zusammenhang mit dem Mutterschutz steht der *Erziehungsurlaub*. Allerdings ist der Effekt dieser Sozialleistung bisher auch in den multivariaten oder vergleichenden Analysen kaum detailliert untersucht worden<sup>17</sup> und die Befunde sind disparat. Im Modell von Castles (2003: 223) wird die Ausgestaltung des Erziehungsurlaubs nicht signifikant eingestuft. Im Gegensatz dazu stellen Hardmeier und von Wahl (2007: 330 bzw. 332) durchaus fertilitätsspezifische Effekte dieser Variable fest. Ein großzügig ausgestalteter Erziehungsurlaub führt zu einer hohen Kinderrate.

Während die Bereitstellung öffentlicher und privater *Kinderbetreuungseinrichtungen* ein wichtiges und prominentes Forschungsfeld darstellt, sind kausale Analysen in Bezug auf die Fertilität immer noch vergleichsweise spärlich (Brewster/Rindfuss 2000: 289) und vor allem jüngeren Datums. Dafür weisen die empirischen Analysen in den aller meisten Fällen in die erwartete Richtung gemäß feministischer und ökonomischer Theorie<sup>18</sup> oder können auch den interessanten italienischen Fall erklären (Del Boca 2002): Der Einfluss dieser Infrastrukturvariablen auf die Höhe der Kinderrate wird signifikant positiv eingeschätzt (Fahey/Spéder 2004). Dabei fokussiert Sleebos (2003: 39) von Beginn auf das Betreuungsangebot für unter 3jährige Kinder. Castles (2003: 223 ff.) differenziert zwischen Altersgruppen und Anbietern sowie anderen Variablen und stellt bei der Bereitstellung von Betreuungseinrichtungen für die Altersgruppe von 0-3 Jahren den stärksten Effekt überhaupt fest. Dieser Befund verdeutlicht die entscheidende Relevanz der frühestmöglichen Bereitstellung der Fremdbetreuung. Zu diesem Ergebnis kommen auch Hardmeier und von Wahl (2007: 232).

Grundsätzlich sollte die Bedeutung der *Arbeitsmarktintegration* von Frauen in Fertilitätsstudien nicht unterschätzt werden (Neyer 2005), da sie einerseits viele familienpolitische Maßnahmen initiiert oder begleitet hat und andererseits indirekten Einfluss auf die Kinderrate haben kann, indem sie Opportunitätskosten für Kinder und die Vereinbarkeitsproblematik zentral prägt. Allerdings widerlegen neuere Arbeiten traditionelle Annahmen, die von einer Unvereinbarkeit von weiblichen Karriere- oder zumindest Arbeits-

---

<sup>17</sup> Sleebos (2003: 40) präsentiert keine Zusammenhangsmasse; Gauthier/Hatzius (1997) beschränken sich auf den Mutterschaftsurlaub

<sup>18</sup> Einen guten Überblick über die Studien auf der Mikroebene (Kinderentscheid) und die relevanten Dimensionen der Betreuungsinfrastruktur (Kosten, Qualität, Bereitstellung) liefern Andersson et al. (2004: 408 ff.) sowie DiPrete et al. (2003). Aufgrund dieses Artikels wird auch ersichtlich, dass die Aussage Neyer's, wonach die Studien „only insignificant results“ liefern, verkürzt ist und auf einer selektiven Literaturliste beruht. Keine oder sehr schwache Wirkung konstatieren allerdings in der Tat Hank und Kreyenfeld (2003) für Deutschland und Kravdal (1996) für Norwegen; sowie Meier (2005: 36) in vergleichender Perspektive.

und Kinderwünschen ausgehen. Vielmehr konstatieren sie „a dramatic change in the association of fertility levels to women’s levels of labor force participation“ (Rindfuss et al. 2004: 411; vgl. auch Brewster/Rindfuss 2000: 278 oder Ahn/Mira 2002: 670). Bei entsprechenden Rahmenbedingungen wie Flexibilität der Arbeitszeiten (Sleeboos 2003: 41) oder angemessenem Lohnniveau (Gauthier/Hatzius 1997: 301) ist es durchaus möglich, beruflichen Erfolg und private Belange, wie die Betreuung und Erziehung von Kindern, in Einklang zu bringen. Geringe Erwerbstätigenquoten gehen folglich nicht mehr automatisch mit hohen Kinderraten einher. Es finden sich sowohl Wohlfahrtsstaaten mit tiefen Erwerbsquoten und tiefen Kinderraten, als auch Länder mit hohen Erwerbsquoten und hohen Kinderraten (Hardmeier/von Wahl 2007: 326.).<sup>19</sup> Diese Befunde deuten an, dass eine starke und abgesicherte Arbeitsmarktintegration eine Grundvoraussetzung für bessere Kinderraten sein kann (Castles 2003: 219). Gleichzeitig sind damit Umbrüche und Widersprüche (Sainsbury 1999) innerhalb der klassischen Wohlfahrtsstaatssysteme Esping-Andersen’scher Provenienz angedeutet, die zur ernährermodellsspezifischen theoretischen Modifikation des Drei-Welten-Ansatzes geführt haben und deren fertilitätsspezifischen Einflüsse es im Verlaufe dieser Arbeit näher zu spezifizieren gilt (vgl. Abschnitt 4).

Obwohl die Genderforschung (Neyer 2005) wie auch die Public Choice-Ansätze (DiPrete et al. 2003) der Steuerpolitik einen hohen Stellenwert auf individuelle und familiäre Entscheidungen zuschreiben, wurde der Einfluss unterschiedlicher *Steuersysteme* auf die Höhe der Fertilitätsraten bisher in den international vergleichenden Analysen entweder nicht berücksichtigt (Castles 2003; Hardmeier/ von Wahl 2007) oder den finanziellen Anreiz- oder Transfersystemen zugerechnet, zum Beispiel in Form von Kinderfreibeträgen im Steuerrecht (Gauthier/ Hatzius 1997; Meier 2005). Die Nichtbeachtung oder Unterordnung dieser Variablen unterschätzt deren fertilitätsspezifische Relevanz. Neben familienpolitischen Maßnahmen und einer zunehmenden Arbeitsmarktintegration von Frauen beeinflusst auch die Steuerpolitik entscheidend die Kinderrate (vgl. Neyer 2005). Das geschieht, indem sie entweder die „klassische Arbeitsteilung“ zwischen den Geschlechtern unterstützt, siehe das Einkommenssplitting für Ehepaare, oder wenn sie, als Gegenpol dazu, über individualisierte Veranlagungsformen die Einbindung der (Ehe-)Frauen in den Arbeitsmarkt fördert (Sainsbury 1999; Dingeldey 2002; Berghahn 2001). Eine genauere Analyse der Variable Steuersystem im Zusammenhang mit anderen Familienpolitiken im weiteren Verlauf dieser Arbeit erscheint vor diesem Hintergrund mehr als notwendig.

---

<sup>19</sup> Es bildet sich eine Dichotomie zwischen den einzelnen wohlfahrtsstaatlichen Typen heraus, die entlang der Pole „Kind und Karriere“ sowie „kein Kind und keine Karriere“ verläuft.

Die bisherigen Forschungsergebnisse zeigen, dass der optimale Instrumenten-Mix, der einer bestimmten sozialstaatlichen Ausrichtung der Familien- und Arbeitsmarktpolitik zu Grunde liegt und die Kinderraten positiv beeinflusst, noch kaum analysiert – geschweige denn gefunden ist. Die Schwierigkeiten bei der Suche nach optimalen Kombinationen aus geld-, zeit- und infrastruktur-wertigen Leistungen, die eine hohe Kinderrate zur Folge haben und gleichzeitig die sozialversicherungs- und arbeitsmarktspezifischen Strukturen berücksichtigen, sind vor allem methodischer Natur. Insofern versucht dieser Artikel mit der Verwendung des komparativen Ansatzes der MVQCA dazu beizutragen, den methodischen Horizont der vergleichenden Policy-Forschung einerseits zu erweitern und andererseits, basierend auf den empirischen Befunden eines Ländervergleiches, einen Vorschlag für einen, die Kinderrate erhöhenden Instrumenten-Mix zu machen. Dabei ist uns bewusst, dass das Geburtsverhalten nicht nur von politischen Rahmenbedingungen abhängt, sondern auch individuelle Normen- und Wertemuster von Relevanz sind. Doch viele Studien deuten an (vgl. auch Hardmeier/Wahl 2007), dass die institutionellen Rahmenbedingungen ein zentraler Faktor sind, um die Vereinbarkeitsproblematik zu reduzieren, und den individuellen Präferenzen kausal sozusagen vorgelagert und damit wirkungskräftiger sind. Aus forschungsökonomischen Gründen verweisen wir hinsichtlich der Messung und Analyse von Einstellungsmustern auf entsprechende Surveystudien.

### **3. Aufbau der Untersuchung - Fragestellung, Analysemethoden und Datenlage**

Aus genderspezifischer Perspektive ist der zentrale Einwand gegen die theoretischen Annahmen des Ansatzes der Drei-Welten, wie sie Esping-Andersen (1990) getroffen hat, die falsche Schwerpunktsetzung innerhalb des „Wohlfahrtsdreiecks“ (Ostner 1998: 228) bestehend aus den Polen Staat, Markt und Familie: Der konstitutive Beitrag unbezahlter Familienarbeit für die gesamtgesellschaftliche Wohlfahrtsproduktion, der fast ausschließlich durch Frauen (Mütter) erbracht wird, bleibt weitgehend unbeachtet. Ebenso die familien- bzw. frauenspezifische Wirkungsweise von sozialpolitischen Maßnahmen. Dies bezieht sich vor allem auf den engen Wirkungszusammenhang zwischen der geschlechtsspezifisch wirkenden staatlichen Familien- und Arbeitsmarktpolitik (Ostner 1995). Gleichzeitig wirken die vorfindbaren Regulierungsmuster in diesen Bereichen auch kinderspezifisch: Die staatlich konstituierten familien- und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen manifestieren eine

bestimmte private und öffentliche Rollen- und Arbeitsteilungsmuster, die positive und negative Anreize für die Entscheidung für oder gegen Kinder setzen.

Das Resultat dieser Politikausrichtung ist die Entstehung eines frauenspezifischen Vereinbarkeitsproblems, welches am ehesten durch die theoretische Analysekonstruktion des Ernährermodells, als genderspezifische Weiterentwicklung des Drei-Welten-Ansatzes von Esping-Andersen, umfassend beschrieben werden kann. In der idealtypischen Welt des Ernährermodells existiert eine klare private und öffentliche Rollen- und Arbeitsteilung, wobei die private Pflege- und Betreuungsarbeit ausschließlich der Frau vorbehalten bleibt, während der Mann der Erwerbsarbeit nachgeht.<sup>20</sup> Der Ausspruch „A husband away from poverty“<sup>21</sup> beschreibt die schwierige Gradwanderung der Frauen und potentiellen Mütter, wenn sie versuchen, einerseits beruflichen Erfolg zu erlangen und andererseits gleichzeitig Kinder zu erziehen.

Dieses Vereinbarkeitsproblem ist in den Mittelpunkt staatlicher Steuerungsversuche gerückt, seitdem offensichtlich ist, dass eine fehlende Bevölkerungsbasis für die Erosion des traditionellen Sozialstaatsmodells mit verantwortlich ist. Über verschiedene geldwertige, zeitwertige und infrastrukturwertige wohlfahrtspolitische Maßnahmen wird schon seit geraumer Zeit versucht, das Vereinbarkeitsproblem so zu minimieren, dass ein mehr an Frauenerwerbstätigkeit auch mit höheren Kinderzahlen zu vereinbaren ist. Während aber Orloff (1993) hauptsächlich arbeitsmarktzentrierte Forderungen aufstellt, um die Vereinbarkeit Familie/Beruf herzustellen, konzentrieren wir uns in dieser Ausarbeitung auf die Rolle familienpolitischer Maßnahmen, ohne jedoch den engen kausalen Bezug zum Arbeitsmarkt zu vernachlässigen.<sup>22</sup> Daher fließen folgende Erklärungsfaktoren, auch als unabhängige Variablen bezeichnet, in die nachfolgende Untersuchung mit ein: als geldwertige Leistungen a) das Steuersystem, sowie b) die staatlichen Sozialschutzausgaben für Familien, als zeitwertige Faktoren c) der Mutterschaftsurlaub, und d) der Erziehungsurlaub, als infrastrukturwertige Leistung e) die Kinderbetreuungsquote und f) die Arbeitsmarktintegration von Frauen als wichtige intervenierende Variable.

Analytisch stellen wir die Frage, inwieweit die jeweiligen nationalen ernährerspezifischen Strukturen/ Familienpolitiken die Kinderraten determinieren. Hierzu wurden 16 europäische Wohlfahrtsstaaten nach ihren jeweiligen familien- und

---

<sup>20</sup> Somit ist nicht die Fruchtbarkeit der potentiellen Mutter entscheidend, ob Kinder geboren werden, sondern die politische Ausrichtung eines bestimmten wohlfahrtsstaatlich determinierten Geschlechterarrangements.

<sup>21</sup> Vgl. der Ausspruch „Kind oder Karriere“.

<sup>22</sup> Dies entspricht auch der Forderung von Gottfried/O'Reilly 2002: 30): „[...] focusing not only on labour markets, but also on family/household regulations and shifts in the gendered character of welfare regimes and regulations and the effects these have on social change, specifically on gender and work.“

arbeitsmarktpolitischen Regulierungsmustern analysiert, um zu fragen, inwieweit diese eine effektive Familienpolitik, im Sinne einer hohen Kinderrate, implementiert haben.

Ein zentrales Grundproblem der vergleichenden Politikfeldforschung wurde schon frühzeitig mit dem markanten, sich in die Forschung eingepprägten Ausspruch „many variables, small N“ (Lijphardt 1971: 686) umschrieben.<sup>23</sup> Charakteristisch für dieses grundlegende Dilemma sind das ungünstige Verhältnis von vorfindbaren Fällen auf der einen und die Vielzahl von anzutreffenden, sich wechselseitig beeinflussenden kausalen Faktoren auf der anderen Seite.<sup>24</sup> Das Resultat dieses Forschungsproblems ist ein methodologischer Dualismus, der sich entlang folgender Pole herausgebildet hat (vgl. Goldthorpe 1997): Einerseits existieren qualitative (fallorientierte) Forschungsdesigns mit nur wenigen Fällen und andererseits sind quantitative (variablenorientierte) Ansätze zu finden, die oft mit mehr als 30 Fällen arbeiten. Dazwischen ist eine beachtliche Lücke festzustellen. Nur wenige Arbeiten nehmen als Ländersample eine Fallzahl von 5 bis 20 Fällen. Mit MVQCA steht der Komparatistik nun erstmals eine Methode zu Verfügung, die versucht eine Brücke zwischen qualitativen und quantitativen Methoden zu schlagen.<sup>25</sup> Sie ist eine Weiterentwicklung des klassischen QCA-Ansatzes von Charles Ragin (1987) und ermöglicht, basierend auf mittleren Fallzahlen, auch *multivariate* Analysen familienpolitischer Rahmenbedingungen. Ein Ziel, welches insbesondere auch variablenorientierte Analytikerinnen der Fertilität (wie Gauthier 1997; Sleebos 2004) anstrebten, aber aufgrund der kleinen Fallzahl, mit herkömmlichen statistischen Verfahren nicht hinreichend zu erfassen vermochten.

Im Bereich der familienpolitischen bzw. genderspezifischen policy-Forschung beinhalten die zu untersuchenden Einheiten, in unserem Falle die einzelnen Wohlfahrtsstaaten, ein komplexes Set an nationalspezifischen familien- und arbeitsmarktpolitische Regulierungsmustern, denen unterschiedliche Wirkungskraft auf die Kinderraten zugeschrieben werden (vgl. Abschnitt 2). Um diese Wechselwirkung nicht nur hermeneutisch zu beschreiben, sondern auch die Interdependenz der Regulierungsmuster (variablenspezifische Kombinatorik) zu erfassen, bedienen wir uns mit MVQCA einer in der

---

<sup>23</sup> Die vergleichende Methode ist ein qualitativer Forschungsansatz. Sie grenzt sich von quantitativ-statistischen Methoden dahingehend ab, dass sie immer dann eingesetzt wird, wenn quantitative (standardisierte) Verfahren aufgrund der Fallzahl nicht oder nur bedingt angewendet werden können (vgl. Nohlen 1994: 509). Berg-Schlösser (2003: 104) bezeichnet die vergleichende Methode auch als „Königsweg“.

<sup>24</sup> Eine vollständige Lösung dieser Problematik ist nicht möglich (siehe Lijphardt 1971). Die natürliche, quantitative Grenze der vorfindbaren Fälle – es existieren aktuell ca. 200 Länder – sowie die fehlenden qualitativen Grundkenntnisse der Forschergilde über jeden Einzelfall, stellen feste Rahmenbedingungen dar, in denen sich die Forschung bewegen muss (vgl. Berg-Schlösser 2003).

<sup>25</sup> Bis vor kurzem wurde MVQCA noch den qualitativen Methoden zugerechnet (siehe z. B. Berg-Schlösser 2003); mittlerweile werden die Methodensets, die sich aus dem klassischen Ansatz von Ragin entwickelt haben, auch als „configurational methods“ bezeichnet.

vergleichenden Wohlfahrtsstaatsforschung noch weitgehend ungenutzten vergleichenden Methode.<sup>26</sup>

Die Vorliebe für oft ungenaue oder ländervergleichend zu oberflächlich arbeitende hermeneutische Methoden ist vor allem in der oft disparaten Datenlage zu suchen, die eine Vergleichbarkeit erschwert. Der Forscherwunsch, möglichst viele Fälle in die Untersuchung mit einzubeziehen, stößt oft an empirischen Grenzen, wenn nicht zu allen theoretisch relevanten Erklärungsfaktoren auch aussagekräftiges Zahlenmaterial vorliegt.

Wir sind bei unseren Analysen mit dieser Problematik wie folgt umgegangen. Die Grundlage für die Schaffung einer empirischen Basis als Ausgangspunkt für weitergehende Analysen stellten vor allem international vergleichende Länderstudien dar, die sich mit den für diese Arbeit zentralen Variablen auseinandersetzen. Zusätzlich wurden eine Reihe von Einzelfallstudien zu Rate gezogen, wenn es darum ging, länder- und variablenspezifische Schwierigkeiten bei der Datenlage zu lösen oder die vorgefundenen Angaben kritisch zu hinterfragen. Zusätzlich wurden Statistiken und Datenbanken unterschiedlichster Herkunft und Systematik ausgewertet, vor allem von Eurostat, der OECD und Clearinghouse – ein Institut innerhalb der Columbia University.

Um das Problem fehlender Daten zu bestimmten Jahren oder Ländern zu minimieren und um zu verhindern, dass bestimmte beobachtete Muster nicht singulär durch eine Quelle oder ein bestimmtes Erhebungsjahr determiniert werden, wurde bei der empirischen Analyse folgende Vorgehensweise gewählt: In einem ersten Schritt wurde versucht, möglichst viele Quellen und Literatur unterschiedlicher Herkunft ausfindig zu machen, die als Grundlage für die weitere Datenanalyse dienen konnten. Die zeitlichen Grenzen des Erhebungszeitraumes umfassten die Jahre 2000 bis 2005/2006. Der zweite Schritt umfasste die singuläre, quellenspezifische Codierung der Daten anhand der MVQCA-Methode. In einem letzten und dritten Schritt wurden über die Bestimmung des arithmetischen Mittels diese einzelnen MVCQA-Codes in einem MVQCA-Gesamtwert zusammengefasst.<sup>27</sup>

Die methodisch-theoretischen Probleme bei der Datenlage leiten über zur Schwierigkeit der Fallauswahl mit der komparativen Arbeiten zu kämpfen haben. Die Auswahl der einzelnen

---

<sup>26</sup> Eine Übersicht der Anwendungsbeispiele findet sich auf der Webseite [www.compass.org](http://www.compass.org) (Zugriff am 16.06.07).

<sup>27</sup> Die Ausgangswerte sowie die Resultate dieses Codierungsprozesses sind, als umfangreiches Datenkompendium, auf folgender Homepage abrufbar: <http://www.sibylle-hardmeier.com>. Hierbei werden auch die Schwierigkeiten des Codierungsprozesses, vor allem die Problematik der Schwellenwertfestsetzung, an der sich dann die Codierung orientiert, sichtbar.

Wohlfahrtsstaaten findet, wie bei qualitativen Vergleichen üblich und im Gegensatz zu quantitativ angelegten Arbeiten, nicht über eine Stichprobenziehungen statt, sondern sie erfolgt anhand theoretischer, inhalts- bzw. fragestellungsbezogener Kriterien, in diesem Falle denen des Ernährersmodells. Nach Lewis und Ostner (1994) führt die Einteilung von Wohlfahrtsstaaten anhand der Indikatoren Müttererwerbstätigkeit, Kinderbetreuungseinrichtungen und soziale Sicherung von Frauen idealtypisch zu drei unterschiedlichen Ernährertypen: Zum starken Ernährersmodell gehören Deutschland, Großbritannien, die Niederlande sowie Irland, zum moderaten zählen Frankreich und Belgien, und das schwache Ernährersmodell repräsentieren die Länder Finnland, Schweden, Dänemark sowie Norwegen. Zusätzlich zu diesen zehn Wohlfahrtsstaaten finden auch Österreich, Italien, Spanien, Griechenland, Portugal und Island Eingang in unsere Untersuchung, wobei wir bei der Auswahl dieser sechs Länder uns an den Klassifizierungsmerkmalen der Ostner'schen Ernährertypologie orientierten.

#### **4. Nationale Regulierungsmuster und Lösungswege**

Bei der Darstellung der Analyseergebnisse orientieren wir uns an der analytischen Vorgehensweise, die der gewählten MVQCA-Methode inhärent ist. Zuerst werden in diesem Kapitel in einem ersten Schritt die Codierungsergebnisse der einzelnen Länder dargestellt und analysiert, um anschließend in einem zweiten Schritt anhand der Regulierungsmuster in den einzelnen Ländern einen integrativen Erklärungsansatz aufzuzeigen, zuerst für Möglichkeiten einer erfolgreichen und danach für die Varianten einer nichterfolgreichen Familienpolitik.

Die Ergebnisse der Analyse mit der MVQCA-Methode sind in Abbildung 1, der so genannten Wahrheitstafel, zusammengefasst. Jeder der untersuchten Wohlfahrtsstaaten hat ein spezifisches familienpolitisches Regulierungsmuster, dargestellt in unterschiedlichen Codierungswerten zu den einzelnen Erklärungsfaktoren. Zum Beispiel ist im Falle Islands eine hohe Kinderrate das Resultat einer individuellen Veranlagung beider Partner im Steuerrecht, mittlerer Sozialschutzausgaben für Familien und Kinder, eines effektiv geringen Mutterschutzes und Erziehungsurlaubes, einer mittleren Kinderbetreuungsquote sowie einer qualitativ hohen Arbeitsmarktintegration von Frauen.

Tabelle 1: Wahrheitstafel: Ausprägungsgrad aller Variablen

Fälle/ Variablen	STEUER	SOZAUS	MUSCH	ERZURL	KIBTRQ	ARBINT	KIRA
ISL	2	1	0	0	1	1	1
NOR	0	2	2	2	1	0	1
DK	2	2	1	1	2	1	1
FIN	2	2	1	1	0	1	1
SWE	2	2	0	2	2	1	1
FRA	1	2	1	1	1	0	1
IRL	0	0	1	0	1	0	1
GB, BEL	2	1	0	0	1	0	1
POR	0	0	1	0	0	1	0
DEU	0	1	1	0	0	0	0
ÖST	2	2	1	1	0	0	0
SPA, ITA, NL	2	0	1	0	0	0	C
GRE	2	1	1	0	0	0	0

Eigene Darstellung. C = Contradictory Case (widersprüchlicher Fall). Die Zahlen symbolisieren folgende Ausprägungsgrade: STEUER (Steuersystem): 0 = Ehegattensplitting, 1 = Familienbesteuerung, 2 = Individualbesteuerung; SOZAUS (Sozialausgaben), MUSCH (Mutterschutz), ERZURL (Erziehungsurlaub), KIBTRQ (Kinderbetreuungsquote): 2 = hoch, 1 = mittel, 0 = gering; ARBINT (Arbeitsmarktintegration), KIRA (Kinderrate): 1 = hoch, 0 = gering.

Andere Länder, wie Norwegen, Dänemark, Finnland, Schweden, Frankreich, Irland, Großbritannien, Belgien und die Niederlande erreichen neben Island ebenfalls hohe Kinderraten, doch hinsichtlich des familienspezifischen Policy-Mix unterscheiden sie sich zum Teil erheblich voneinander, wie an der steuerlichen Veranlagungen der Ehepartner abzulesen ist. In den eben genannten Ländern, die gemäß unseren Annahmen familienpolitisch erfolgreich sind, finden sich alle Merkmalsausprägungen: die Individualbesteuerung (Island, Dänemark, Finnland, Schweden, Großbritannien, Belgien, Niederlande), die Familienbesteuerung (Frankreich) und das Ehegattensplitting (Norwegen, Irland). Gleiches gilt auch für die anderen betrachteten institutionellen Rahmenbedingungen.

Ein Beispiel für ein Regulierungsmuster, das zu einer niedrigen Kinderrate führt, ist Portugal. Es konstituiert sich aus einer gemeinsamen Veranlagung beider Ehepartner im Steuerrecht, geringen Sozialausgaben für den Bereich Familien und Kinder, einem mittleren effektiven Mutterschutz, einem geringen effektiven Erziehungsurlaub, niedrigen Kinderbetreuungsquoten sowie einer hohen qualitativen Integration der Frauen in den Arbeitsmarkt. Weitere Länder mit niedrigen Kinderraten sind Deutschland, Österreich, Spanien, Italien und Griechenland. Ein zentrales Charakteristikum ist, wie schon im Falle der erfolgreichen Länder, dass der jeweilige nationale Policy-Mix in der Gruppe mit niedrigen



Kinderraten wieder national recht unterschiedliche Formen annehmen kann. Zudem existieren zwischen beiden Gruppen, den familienpolitisch erfolgreichen sowie den nicht erfolgreichen, auch familienpolitische Gemeinsamkeiten hinsichtlich der Regulierungsstruktur. Ein Beispiel hierfür sind Österreich und Finnland. Beide Länder unterscheiden sich im Bereich der Regulierungspolitiken nur im Faktor Integration der Frauen in den Arbeitsmarkt.<sup>28</sup>

Die Abbildung 1 verdeutlicht zudem, dass es neben Unterschieden zwischen den Wohlfahrtssystemen auch Gemeinsamkeiten hinsichtlich des Ausprägungsgrades der erklärenden Faktoren geben kann. Eine völlige Übereinstimmung weisen die Länder Großbritannien und Belgien auf. In beiden Ländern ist nicht nur die Regulierungsstruktur von familienpolitischen Maßnahmen identisch, sondern auch das Ergebnis. Die seitens des Wohlfahrtsstaates implementierte Politik führt in beiden Fällen zu einer hohen Kinderrate. Somit stellen diese beiden Fälle einen deutlichen Beleg für ein Aufbrechen der traditionellen Wohlfahrtswelten nach Esping-Andersen dar: Während die Drei-Welten-Typologie Großbritannien als liberales Wohlfahrtsstaatsmodell charakterisiert und Belgien den konservativ-kontinentalen Ländern zuordnet (vgl. Esping-Andersen 1990), zeigen unsere Ergebnisse eindeutige ernährerspezifische Abweichungen, wenn kinder- und frauenbezogene Policies als Analysegrundlage genommen werden. Dadurch wird die klassische dichotome Sichtweise Esping-Andersens, die den Analysefokus auf die sozialstaatliche Steuerung von Marktprozessen lenkt, erweitert durch eine dreiseitige Betrachtungsweise (vgl. Pfau-Effinger 2000: 29). Dieses familienpolitische Dreieck vereint die Dimensionen Markt, Familie und den (Sozial-)Staat, der seinerseits versucht die Familien- und Marktsphäre politisch zu steuern.

Ein gleiches familienpolitisches Regulierungsmuster haben, ähnlich wie im Falle Großbritanniens und Belgiens, auch die untersuchten Staaten Spanien, Italien sowie die Niederlande. Der einzige Unterschied besteht darin, dass unterschiedliche Ergebnisse in Form der Höhe der nationalen Kinderraten erzielt werden. Während Spanien und Italien eine niedrige Kinderrate haben, erreichen die Niederlande eine hohe Kinderrate. Diese Länder sind ein Beleg dafür, dass wohlfahrtsstaatliche policies auch widersprüchliche Resultate (contradictions)<sup>29</sup> hervorbringen, die nur über eine weitere Modifizierung des Forschungsdesigns erklärt werden können.<sup>30</sup>

---

<sup>28</sup> In Österreich findet sich eine geringe Arbeitsmarktintegration von Frauen, während Finnland hier eine hohe Quote aufzuweisen hat.

<sup>29</sup> Trotz theoriegeleiteter Schwellenwertfestsetzung und eventueller Anpassung der Schwellenwerte an die Merkmalsverteilung, können widersprüchliche Fallkonstellationen auftreten. Dies ist eine besondere Stärke von MVQCA, weil bei dieser Methode auch Ausreißerfälle nicht nur sichtbar werden, sondern auch voll in die Analyse miteinbezogen sind (vgl. Berg-Schlusser 2003: 123).

<sup>30</sup> Ein zufälliges Ergebnis, das aufgrund einer nicht korrekten Schwellenwertfestsetzung zu Stande kommt, kann nach mehrmaliger Kontrolle der Codierungsprozesse ausgeschlossen werden. Eventuell kann dieses

Der nächste Schritt zu einem integrativen Erklärungsmodell, wie es Sleebos (2004) im Sinn hatte, und welches multivariate Zusammenhänge darstellen und erklären kann, stellt die Ermittlung der wesentlichen Erklärungsfaktoren dar.<sup>31</sup> Die folgenden zwei Abbildungen (2 und 3) stellen das Ergebnis dieses Vorganges mittels der MVQCA-Methode dar, das letztendlich nur die wesentlichen Determinanten<sup>32</sup>, deren spezifischen Ausprägungsgrad und deren Einfluss auf die Höhe der Kinderrate umfasst.

Abbildung 2: Wege einer erfolgreichen Familien- und Arbeitsmarktpolitik

<p>a) Hohe, mittlere Kinderbetreuungsquote (ISL, NOR, DK, SWE, FRA, IRL, BEL, GB)</p> <p>b) Individuelle Veranlagung im Steuerrecht und hohe Arbeitsmarktintegration von Frauen (SWE, FIN, DK, ISL)</p> <p>c) Hohe/mittlere Sozialausgaben im Bereich Familie/Kinder und hohe Arbeitsmarktintegration von Frauen (SWE, FIN, DK, ISL)</p> <p>d) Mittlerer effektiver Erziehungsurlaub und hohe Arbeitsmarktintegration von Frauen (FIN, DK)</p>
--

Eigene Darstellung.

Basierend auf der Analyse der 16 Länder kann festgehalten werden, dass von den ursprünglich sechs erklärenden Variablen, die in dieser Arbeit untersucht worden sind, nur fünf einen unmittelbaren Einfluss auf die Kinderrate haben. Die Höhe des effektiven Mutterschutzes, als eine der familienpolitischen Zeitleistungen neben dem Erziehungsurlaub, ist für die Höhe der Kinderrate irrelevant. Ferner kann auf Basis der Analyseergebnisse keine weitere Leistung, sei sie finanzieller, zeitbezogener oder infrastruktureller Form, noch die Arbeitsmarktintegration von Frauen, eindeutig ausgeschlossen werden. Demzufolge hat der

---

Teilergebnis auch als Zeiteffekt interpretiert werden: Andere Untersuchungszeiträume könnten das Ergebnis verändern. Als weitere mögliche Drittvariablen kämen zum Beispiel unterschiedliche Normen- und Wertemuster von potentiellen Eltern in diesen drei Ländern in Frage, die in Form von Surveyforschung näher analysiert werden könnten.

<sup>31</sup> Dies geschieht mit Hilfe eines Minimalisierungsprozesses (vgl. Cronqvist 2006). Dabei werden die Schnittmengen der zusammenwirkenden Erklärungsfaktoren ermittelt. Ein Anwendungsbeispiel nebst einer kurzen Einführung findet sich unter: [http://www.sibylle-hardmeier.com/pdf\\_publicationen/Zusatzmaterial.pdf](http://www.sibylle-hardmeier.com/pdf_publicationen/Zusatzmaterial.pdf) (Zugriff am 18.07.07).

<sup>32</sup> Auch als wesentliche Primärimplikanten oder Primimplikanten bezeichnet.

Wohlfahrtsstaat fünf familienpolitische Regulierungsinstrumente, um die Kinderraten zu beeinflussen: das Steuersystem, die Höhe der Sozialausgaben für den Bereich Familien und Kinder, den effektiven Erziehungsurlaub, die Kinderbetreuungsquote und die Arbeitsmarktintegration von Frauen.

Die Abbildung 2 zeigt die familienpolitisch effektiven wohlfahrtsstaatlichen Regulierungsmuster mit den dazugehörigen Länderclustern. Die erste wohlfahrtsstaatliche Politikoption für eine effektive Familienpolitik stellt die Bereitstellung einer ausreichenden Zahl an Kinderbetreuungseinrichtungen dar (Lösung a). Die zentrale Bedeutung dieses Bestimmungsfaktors für die Höhe der Kinderraten zeigt sich darin, dass diese Variable als hinreichende Bedingung eingestuft werden kann. Eine hohe Kinderrate als Resultat wohlfahrtsstaatlicher Politik tritt immer dann auf, wenn eine mittlere bis hohe Betreuungsquote vorliegt. Es ist nicht notwendig, dass andere Faktoren gleichzeitig vorhanden sind, um eine effektive Familienpolitik zu generieren. Über mittlere bis hohe Kinderbetreuungsquoten, die Ausdruck einer gut ausgebauten Infrastruktur sind, kann somit die Kinderrate effektiv erhöht werden, wie die Fälle Island, Norwegen, Dänemark, Schweden, Frankreich, Irland, Belgien und Großbritannien zeigen.

Weitere wohlfahrtsstaatliche Handlungsoptionen, die eine effektive Familienpolitik generieren, zeigen die Lösungen b) bis d). Abweichend vom Lösungsweg Kinderbetreuungsquote, der hinreichenden Charakter hat, stellen die anderen Erklärungsfaktoren – das Steuerrecht, die Sozialausgaben, der effektive Erziehungsurlaub und die Arbeitsmarktintegration – notwendige Bedingungen dar: Es reicht nicht aus, wenn die Frauen nur eine qualitativ hohe Arbeitsmarktteilhabe aufweisen, sondern es ist immer notwendig, dass noch weitere Rahmenbedingungen wie zum Beispiel die Individualbesteuerung, gleichzeitig vorhanden sein müssen, um Erwerbstätigkeit und Kindererziehung gleichberechtigt zu vereinbaren.

Die Ergebnisse verdeutlichen nicht nur die Kombinatorik von Wirkungsfaktoren, sondern sie zeigen vor allem die immanente Bedeutung einer Arbeitsmarktintegration der weiblichen Bevölkerung. Weiterhin zeigen die Lösungen b) bis d) auch Auswege aus dem sich hierzu stellenden und bereits beschriebenen Vereinbarkeitsproblem, dass sich automatisch einstellt, wenn Erwerbstätigkeit und Kindeserziehung gleichzeitig realisiert werden sollen. Es reicht demnach nicht aus, die Frauen nur in den Arbeitsmarkt zu

integrieren.<sup>33</sup> Die Teilhabe am Arbeitsmarkt muss mit entsprechenden familienpolitischen Maßnahmen flankierend unterstützt werden. Zu nennen sind hier finanzielle Hilfen wie die Sozialausgaben für Familien mit Kindern (Lösung c) oder das Steuerrecht (Lösung d).

Ein weiterer zentraler Faktor, der bei vergleichenden Analysen von Familienpolitiken noch nicht explizit in einem multivariaten Erklärungsmodell untersucht worden ist und häufig anderen finanziellen Anreizsystemen, wie Sozialausgaben für Familien oder den Steuerfreibeträgen zugerechnet wird, ist die ernährerspezifische Wirkungsweise der steuerlichen Veranlagung der Ehepartner. Die Lösung b) zeigt auf, dass erst eine separate Besteuerung der Einkommen, die beide Elternteile als Individuum betrachtet und nicht als gegenseitige Einstands- und Wirtschaftsgemeinschaft sieht, die Stellung der Frauen und Mütter stärkt und zwar in zweierlei Hinsicht: einerseits auf dem Arbeitsmarkt, wo ihr Arbeitsangebot unterstützt und nicht gehemmt wird,<sup>34</sup> andererseits familienintern in Form einer größeren finanziellen Unabhängigkeit gegenüber dem in der Regel höher verdienenden männlichen Ehepartners. Die positiven Effekte der Individualbesteuerung auf die Kinderrate, zeigen die Wohlfahrtsstaaten Schweden, Finnland, Dänemark und Island.

Eine weitere unterstützende policy wäre die Möglichkeit, Erziehungsurlaub zu nehmen, um die Mütter (und Väter) in die Lage zu versetzen, die erste betreuungsintensive Phase nach der Geburt selbst zu übernehmen (Lösung d). Wichtig ist in diesem Zusammenhang ferner die offensichtliche Tatsache, dass der effektive Erziehungsurlaub nicht zu lange andauern, sondern maximal ein mittleres Niveau erreichen darf.<sup>35</sup> Dahinter verbirgt sich das Problem des nachlassenden Humankapitals, mit dem sich der kinderbetreuende Partner mit zunehmender Dauer der Erwerbsunterbrechung konfrontiert sieht.<sup>36</sup> In diesem Falle ist es für die betreuenden Elternteile gleichgültig, ob der Schlussteil dieser Betreuungsphase finanziell über Lohnersatzleistungen ausreichend abgesichert ist oder nicht. Selbst ein 36-monatiger Erziehungsurlaub mit einer 100-prozentigen Lohnfortzahlung wirkt sich zum Ende hin ineffektiv auf die Beschäftigungsfähigkeit des betreuenden Ehepartners aus.

---

<sup>33</sup> Deshalb wurden die Frauenerwerbstätigenquoten in unserer Analyse nach dem Anteil der Teilzeitarbeit, mithin eine unfreiwillige Domäne der Frauen, korrigiert. Eine Differenzierung bzw. Eingrenzung auf die Erwerbstätigenquote von Müttern erscheint vor dem Hintergrund auch die potentiellen Mütter zu erfassen, als nicht sinnvoll. Daher werden die Frauen in ihrer Arbeitsmarktteilhabe als Gesamtheit erfasst.

<sup>34</sup> Vgl. die Lösungen A und C (Abbildung 3) für eine nicht erfolgreiche Familienpolitik.

<sup>35</sup> Die reine Dauer des Erziehungsurlaubes (in Monaten) wurde nach der gezahlten Lohnersatzleistung (Pauschalbetrag oder prozentualer Betrag) korrigiert.

<sup>36</sup> Die Employability des betreuenden Elternteils nimmt mit zunehmender Dauer der Erwerbsfreistellung ab. Ein Effekt mit dem Frauen am häufigsten konfrontiert werden. Im Ernährermodell ist dieser Effekt aber gerade erwünscht, weil er dem klassischen Rollen- und Arbeitsteilungsmuster der Geschlechter entspricht.

Die Ergebnisse a) bis d) offenbaren weiterhin, dass die nordischen Länder, wie Island, Norwegen, Finnland, Dänemark und Schweden, stellenweise gleich mehrere familienpolitisch effektive Politiken implementiert haben. Daher ist es nicht erstaunlich, wenn diese Wohlfahrtsstaaten europaweit zu den familienfreundlichsten Ländern gezählt werden. Zudem zeigen die Regulierungsmuster deutlich, dass das Zusammenspiel dieser policies schwache ernährertypische Strukturen geschaffen hat, mit dem Resultat hoher Kinderraten. Das staatliche Regulierungsziel dieser nordischen Wohlfahrtsstaaten sind keine traditionellen geschlechtsspezifischen Rollen- und Arbeitsteilungsmuster, sondern eine gleichberechtigte Arbeits- und Lastenverteilung zwischen beiden Elternteilen.

Nachdem die familienpolitisch effektivsten Lösungen dargestellt worden sind, gilt es nun, im dritten und letzten Analyseschritt, auf die familienpolitischen nicht erfolgreichen Regulierungsmuster einzugehen, deren Konsequenz niedrige Kinderraten sind. Die Ergebnisse (Lösungen A bis F, Abbildung 3) verdeutlichen im Vergleich zu den vorher dargestellten Lösungen vor allem zwei grundlegende Dinge: Zum einen existieren mehr Möglichkeiten für die Schaffung ineffektiver Rahmenbedingungen. Zum anderen treten alle negativen Wirkungsfaktoren in Kombination zueinander auf. Dabei reicht ein negativer Faktor, wie das Ehegattensplitting, nicht aus, um eine niedrige Kinderrate zu generieren.

Abbildung 3: Wege einer nichterfolgreichen Familien- und Arbeitsmarktpolitik

- A) Ehegattensplitting im Steuerrecht und niedrige Kinderbetreuungsquote  
(POR, DEU)
- B) Niedrige Kinderbetreuungsquote und niedrige Arbeitsmarktintegration von Frauen  
(DEU, ÖST, GRE)
- C) Ehegattensplitting im Steuerrecht und hohe Arbeitsmarktintegration von Frauen  
(POR)
- D) Niedrige, mittlere Sozialausgaben für den Bereich Kinder/Familie und niedrige  
Kinderbetreuungsquoten  
(POR, DEU, GRE)
- E) Niedrige Sozialschutzausgaben für den Bereich Kinder/Familie und hohe  
Arbeitsmarktintegration von Frauen  
(POR)
- F) Niedriger/kein effektiver Erziehungsurlaub und niedrige Kinderbetreuungsquote  
(POR, DEU, GRE)

Eigene Darstellung.

Der erste wohlfahrtsstaatliche Policy-Mix für eine vergleichsweise niedrige Kinderrate ist die gemeinsame Veranlagung beider Partner im Steuerrecht (Ehegattensplitting), verbunden mit einer niedrigen Kinderbetreuungsquote (Lösung A). Neben den deutlichen Einflüssen des Ernährermodells, die sich in diesem Regulierungsmuster widerspiegeln, wird vor allem wiederum ein entscheidender Faktor sichtbar, der zentrale Einfluss einer bestimmten steuerlichen Veranlagung der Ehepartner. Die gemeinsame Veranlagung in Form des Ehegattensplittings, hat eindeutig geringe Kinderraten zur Folge und steht somit in ihrer Wirkungsweise der erfolgreichen Familienpolitik in diesem Regulierungsfeld – der Individualbesteuerung (vgl. Lösung b) – genau entgegengesetzt gegenüber.

Die Lösung A) verdeutlicht ferner die enge ernährerspezifische Kausalität zwischen Steuerrecht und Kinderbetreuungsquote. Der betreuende Ehepartner, im überwiegenden Falle also die Frauen bzw. Mütter, werden gleich in zweierlei Hinsicht auf den Haushalt verwiesen, damit der (nun) männliche Alleinverdiener weiterhin der Erwerbsarbeit nachgehen kann. Der Erwerbswunsch der Frauen trifft erstens auf wohlfahrtsstaatliche Strukturen, die eine Erwerbsaufnahme durch das Ehegattensplitting finanziell unattraktiv machen und zusätzlich zweitens aufgrund weniger Kinderbetreuungseinrichtungen wesentlich erschweren. Die Folge dieser staatlich erzwungenen Arbeitsteilung ist die Ausbildung einer traditionellen

innerpartnerschaftlichen Rollenverteilung, wie die Länder Portugal und Deutschland verdeutlichen.

Das Ineinandergreifen ernährertypischer Strukturen offenbart auch die zweite Lösung (B). Eine niedrige Kinderrate ist das Resultat einer niedrigen Kinderbetreuungsquote, verbunden mit einer niedrigen qualitativen Integration der Frauen in den Arbeitsmarkt. Ohne ausreichende Betreuungsmöglichkeiten ist es einem Partner schlichtweg nicht möglich Vollzeit erwerbstätig zu sein. Die Folge ist wiederum eine klassische innerpartnerschaftliche Rollenverteilung. In der privaten Betreuungs- und Erziehungssphäre ist die Frau tätig, während die öffentliche Marktarbeit weiterhin dem Mann zufällt, der auf Basis seines Verdienstes zum Alleinverdiener (-ernährer) wird. Ohne die Bereitstellung entsprechender Betreuungsinfrastruktur ist eine ausreichende Arbeitsmarktintegration der Frauen (Mütter), die mit einer finanziellen Besserstellung dieser verbunden ist, nicht möglich und auf Seiten des konservativen Wohlfahrtsstaatsmodells auch nicht erwünscht. Dies zeigen die Länder Österreich, Deutschland sowie Griechenland.

Die dritte Regulierungsoption für eine niedrige Kinderrate ist die gemeinsame Veranlagung beider Ehepartner im Steuerrecht, verbunden mit einer hohen Arbeitsmarktteilhabe von Frauen (Lösung C). Hierbei wird wiederholt die zentrale Bedeutung des institutionalisierten Steuersystems für die Höhe der Kinderraten deutlich (Vgl. Lösung A und b). Zudem offenbart dieses Ergebnis, dass die Realität auf dem Arbeitsmarkt längst nicht mehr den traditionellen wohlfahrtsstaatlichen Regulierungszielen oder -vorstellungen entspricht. Während das Steuerrecht die Nichterwerbstätigkeit der Frauen fördert, findet, ausgehend von dem Wunsch der Mütter nach Teilhabe am Arbeitsmarkt, gleichzeitig eine umfassende Integration dieser in den Arbeitsmarkt statt. Doch ohne ausreichende den Erwerbswunsch entsprechend unterstützende familienpolitische Maßnahmen kommt es zur beschriebenen Vereinbarkeitsproblematik von Berufswunsch und Familiengründung, deren Resultat eine niedrige Kinderrate ist. Bestes Beispiel für den ernährerspezifischen Dualismus zwischen Steuerrecht und Erwerbswunsch ist Portugal.

Eine weitere Handlungsoption des Wohlfahrtsstaates, um eine niedrige Kinderrate zu generieren, sind niedrige bis mittlere Sozialschutzausgaben für den Bereich Familie und Kinder, verbunden mit einer geringen Kinderbetreuungsquote (Lösung D). Im Vergleich zu den Lösungen für eine hohe Kinderrate (a und c, Abbildung 2) zeigen diese Ergebnisse ganz eindeutig den zentralen Einfluss von finanziellen und infrastrukturellen Leistungen auf die Höhe der nationalen Kinderzahlen. Ein niedriges Leistungsniveau ist in beiden Fällen

gleichbedeutend mit einer niedrigen Kinderrate, wie die Fälle Portugal, Deutschland sowie Österreich zeigen.

Das nächste familienpolitisch ineffektive Regulierungsmuster sind niedrige Sozialausgaben für den Bereich Familie und Kinder, verbunden mit einer hohen Arbeitsmarktintegration (Lösung E). Hierbei wird wiederholt deutlich, dass eine Integration der Frauen in den Arbeitsmarkt nicht ausreicht, um eine hohe Kinderrate zu erzielen, wenn nicht die entsprechenden Rahmenbedingungen diese Erwerbstätigkeit unterstützen. Dies entspricht auch den Befunden für eine effektive Familienpolitik (vgl. Lösungen b – d, Abbildung 2). Dort wurde herausgearbeitet, dass flankierende policies notwendig sind, um eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erzielen. Die Lösung E offenbart in diesem Zusammenhang, dass ein niedriges finanzielles Sozialleistungsniveau als wohlfahrtsstaatlicher Stimulus nicht ausreichend, um die Kinderzahl zu erhöhen, wie Portugal zeigt.

Die letzte Handlungsoption, um eine niedrige Kinderrate zu generieren, ist ein niedriger bis kein vorhandener Erziehungsurlaub, verbunden mit einer niedrigen Kinderbetreuungsquote (Lösung F). Dieses Ergebnis steht im Einklang mit den Lösungen A und B, bei denen starke ernährertypische Strukturen festgestellt worden sind. Der niedrige effektive Erziehungsurlaub zwingt den betreuenden Partner, entweder die häusliche Erziehungsphase des Kindes möglichst kurz zu halten, um finanzielle Nachteile für das Haushaltseinkommen zu vermeiden, oder sich weitgehend unbezahlt der Betreuungsarbeit zu widmen. Die geringe Kinderbetreuungsinfrastruktur fördert die Entscheidung der Frauen zugunsten der letzteren Möglichkeit. Eine Arbeitsmarktintegration des vormals im privaten Bereich arbeitenden Partners ist nur möglich, wenn keine Vereinbarkeitsprobleme zwischen dem Erwerbswunsch und der Kindererziehung existieren. Dies verdeutlichen Portugal, Deutschland und Griechenland.

Die Ergebnisse A bis F haben gezeigt, dass die kontinentaleuropäischen Länder Deutschland und Österreich sowie zwei südeuropäische Länder, in diesem Falle Portugal und Griechenland, stellenweise gleich mehrere familienpolitisch ineffektive policies implementiert haben. Somit ist es nicht verwunderlich, dass diese Wohlfahrtsstaaten weltweit die niedrigsten Kinderraten aufweisen.

Die abschließende Analyse derjenigen Wohlfahrtsstaatssysteme, die zwar in die Untersuchung eingeflossen sind, die aber aufgrund widersprüchlicher Ergebnisse nicht in den beiden Lösungsschemata auftauchen – Spanien, Italien und die Niederlande – soll die



Deutung der verschiedenen familienpolitischen Regulierungswege ergänzen. Alle drei Länder sind widersprüchliche Fälle, weil sie gleiche Regulierungsmuster aufweisen, die jedoch zu unterschiedlichen Ergebnissen führen. Im Falle von Spanien und Italien zu niedrigen, bei den Niederlanden zu hohen Kinderraten: Spanien und Italien entsprechen fast vollständig dem mediterranen Regulierungsmuster, welches durch Griechenland und etwas schwächer Portugal repräsentiert wird.<sup>37</sup> Atypisch ist aber vor allem der Fall der Niederlande. Dieses Wohlfahrtssystem zeigt hinsichtlich des Regulierungsmusters Ähnlichkeiten zum kontinentaleuropäischen Typus, welcher durch Deutschland und Österreich repräsentiert wird. Die hohe niederländische Kinderrate entspräche demgegenüber eher für Nähe zu den Ländern Frankreich oder Belgien. Diese Widersprüchlichkeiten können abschließend nicht aufgelöst werden und bieten somit Raum für weitergehende Analysen.

## **5. Fazit**

Im Zentrum der vorliegenden Studie stand der Einfluss verschiedener wohlfahrtsstaatlich determinierter familienpolitischer Regulierungsmechanismen auf die Kinderrate, nicht ohne auch den frauen- und familienspezifisch wichtigen Faktor der Arbeitsmarktintegration zu berücksichtigen. Dabei verwendeten wir mit MVQCA einen neuen methodischen Zugang, um zu multivariaten Aussagen zu gelangen. Es hat sich gezeigt, dass MVQCA eine Methode innerhalb der Wohlfahrtsstaatsforschung darstellt, die es der Komparatistik ermöglicht, auch integrative Erklärungsansätze bei mittleren Fallzahlen zu liefern. Besonders deutlich wird dies, wenn man die herausgearbeiteten einzelnen Regulierungsmuster mit den Annahmen der bisherigen kindsbezogenen familien- und arbeitsmarktpolitischen Arbeiten vergleicht.

Für unseren Anspruch ein integratives Erklärungsmodell für eine erfolgreiche Familienpolitik zu generieren, hat sich besonders die analytische Trennung des Erklärungsfaktors Steuersysteme von dem oft weiten Feld der geldwertigen Leistungen als zielführend erwiesen. Abweichend vom bisherigen Forschungsstand schließen wir dadurch eine entscheidende Erklärungslücke im Bereich der vergleichenden Analyse von familien- und arbeitsmarktpolitischen Sozialleistungen, die auf die Erfassung und Erklärung der Interaktion dieser institutionellen Rahmenbedingungen abzielt. Unsere Ergebnisse haben gezeigt, dass neben bekannten Faktoren, wie der ausreichenden Bereitstellung von Kinderbetreuungseinrichtungen, vor allem die unter familienpolitischen Gesichtspunkten

---

<sup>37</sup> Eine Analyse ohne die Niederlande ergibt folgendes Ergebnis: Spanien und Italien können den Lösungen B, D und F sowie den dazugehörigen Ländern (Portugal, Deutschland, Griechenland, Österreich) zugeordnet werden.

implementierten unterschiedlichen Steuersysteme ernährerbezogen und damit kindspezifisch wirken. Während der Individualbesteuerung ein positiver Anreiz für die Kinderraten zugesprochen werden kann, haben wir dargestellt, dass vor allem die gemeinsame steuerliche Veranlagung der Ehepartner, in Gestalt des Ehegattensplittings, sich als ein entscheidender Hemmschuh für eine erfolgreiche Familienpolitik erweist. Vor allem in der Kombination mit einem geringen Kinderbetreuungsangebot zeigt sich hieran die traditionelle Arbeits- und Rollenaufteilung innerhalb der Familien- und Berufssphäre, die typisch ist für die geschlechtsgebundenen Annahmen des Ernährermodells.

Die zentrale Bedeutung von Kinderbetreuungsplätzen, ein Fakt, der auch in früheren Studien immer wieder mit einer erfolgreichen Familienpolitik in Verbindung gebracht worden ist, zeigen auch unsere Ergebnisse. Vor allem die Einordnung der Kinderbetreuungsquote als hinreichende Bedingung für eine hohe Kinderrate verdeutlicht die kindsbezogen Relevanz dieser infrastrukturwertigen Leistung. Gegenüber den anderen untersuchten familienpolitischen Regulierungsmöglichkeiten zeigt dieser Faktor, dass er so wirkungsmächtig ist, dass er alleine ausreicht, um eine hohe Kinderrate hervorzurufen. Eine zukuntorientierte Familienpolitik muss deshalb vor allem hier ansetzen und zwar, dies haben wir eindeutig gezeigt, in der Altersgruppe von 0-3 Jahren. Während dieser erziehungs- und entwicklungsensiblen Phase ist es ganz entscheidend, wenn ein gut ausgebautes Betreuungsangebot vorhanden ist, um die Vereinbarkeit von mütterlichem Erwerbwunsch und Kinderbetreuung zu gewährleisten. Gerade dieser Zeitraum ist für die Mütter eine entscheidende Phase, wenn sie nach einer kindsbedingten Auszeit wieder in den Arbeitsmarkt zurückkehren wollen. Die ernährertypischen Regulierungsmuster unterstützen diesen Rückkehrprozess nicht, sondern erschweren ihn durch fehlende Betreuungsplätze und verweisen somit die Mütter zwangsläufig auf die Familienarbeit.

Damit leiten wir zum Faktor Arbeitsmarktintegration der Frauen/ Mütter über, dessen Ergebnisse vor allem die mögliche Interaktion von Erklärungsfaktoren und somit die komplexe Kausalität der erfolgreichen familienpolitischen Regulierungsmuster widerspiegeln. Dies zeigt sich vor allem an der Einordnung dieses Faktors als notwendige Bedingung: Es reicht nicht aus, die Mütter im Sinne Esping-Anderscher Semantik nur zu kommodifizieren, es ist genauso wichtig, entsprechende, das Vereinbarkeitsproblem reduzierende Policies zu implementieren und zwar neben dem schon aufgeführten individualisierten Steuerrecht auch in den Bereichen Sozialleistungen für Familien und dem Erziehungsurlaub.

Im Falle der Sozialleistungen für Familien haben unsere Analysen dem uneinheitlichen Forschungsstand in Bezug auf diese geldwertige Leistungen eine eindeutige

Richtung aufgezeigt. Hohe Sozialleistungen haben einen positiven, geringe soziale Leistungen einen negativen Effekt auf die Höhe der Kinderraten. Gleiches kann auch für den effektiven Erziehungsurlaub festgestellt werden. Hierbei ist es jedoch wichtig, dass die Betreuung der Kinder in den ersten Lebensmonaten finanziell großzügig durch den Staat abgesichert ist. Die ernährermodellspezifischen Steuerungsversuche, die lange Erziehungszeiten mit einem geringen Leistungsniveau kombinieren, behindern nicht nur die Arbeitsmarktintegration von Frauen, sondern auch die Zunahme der Kinderzahlen. Im Bereich des Mutterschutzes, der nach unseren Analysen keinen kindbezogenen Einfluss ausübt, ist eine vollständige Übereinstimmung mit dem bisherigen Forschungsstand zu konstatieren.

Die unterschiedlichen nationalen familienpolitischen Wege verdeutlichen, dass die klassischen Annahmen des Ernährermodells, wonach eine hohe Kinderrate mit einer traditionellen Rollen- und Arbeitsteilung einhergeht, und welches von den Genderforscherinnen mit „Kind oder Familie“ umschrieben worden ist, zum einen keinen erfolgreichen Weg darstellt und zum anderen auch im Wandel begriffen ist. Es ist, und dies haben die familienpolitisch erfolgreichen Länder aufgezeigt, durchaus möglich, die beiden Pole „Kind und Familie“, zu vereinbaren und damit den zentralen Zielvorstellungen des Ernährermodells zu widersprechen.

Daher kann auch die Frage nach der effektivsten Familienpolitik beantwortet und unsere Hypothese verifiziert werden: Es hat sich gezeigt, dass die Familienpolitik, deren Effektivität wir anhand der Höhe der nationalen Kinderraten gemessen haben, umso erfolgreicher ist, je schwächer der Einfluss des Ernährermodells als wohlfahrtsstaatliches Regulierungsleitbild innerhalb der einzelnen Länder ist. Weiterhin bilden sich, das haben die einzelnen Lösungswege ebenfalls gezeigt, basierend auf diesen Ergebnissen einzelne Ländercluster heraus, die entlang der Pole effektive und ineffektive Familienpolitiken anzuordnen sind.

Damit sind die Zukunftsaufgaben für diejenigen Länder klar, die mit niedrigen Kinderraten zu kämpfen haben. Ohne eine umfassende Integration der Frauen in den Arbeitsmarkt, verbunden mit der Institutionalisierung familienfreundlicher Strukturen, die eine Vereinbarkeit zwischen Kindern und Beruf ermöglichen, werden die Kinderzahlen in den geburtenschwachen Länder, wie beispielsweise Deutschland, sich *ceteris paribus* nicht erhöhen. Familienpolitik, dies haben unsere Ausführungen gezeigt, stellt eine Querschnittsaufgabe dar, die mehrere Maßnahmebündel beinhaltet und sich zwingend auch auf die Bereiche Arbeitsmarkt- und Frauenpolitik (gender policy) und weitere sozialpolitische Handlungsfelder erstrecken muss.

Die Schaffung von vereinbarkeitsfreundlichen Strukturen ist aber nur ein erster Ansatzpunkt. Weitere Überlegungen müssten dahin gehen, die private und öffentliche Rollen- und Arbeitsaufteilung, die zwischen den Geschlechtern besteht, grundlegend zu verändern. Die private Arbeitsteilung muss ebenso gleichberechtigt hinsichtlich der Rechte und Pflichten organisiert werden wie die Erwerbstätigkeit. Dies wäre aber nur über einen den Reformprozess begleitenden Mentalitätswechsel beider Geschlechter zu erreichen und weniger über policy-bezogene Regulierungsmuster.

In diesem Zusammenhang ist auch auf die Grenzen unseres Erklärungsmodells hinzuweisen, welches vor allem institutionelle Faktoren in die Analyse mit einbezogen hat, und sind nicht berücksichtigte Erklärungsfaktoren zu benennen. So würde die Messung vor allem der unterschiedlichen genderspezifischen Normen- und Wertvorstellungen möglicherweise aufzeigen, inwieweit ein Mentalitätswechsel von Seiten der potentiellen Mütter und Väter gewollt ist. Weitergehende Analysen könnten zudem über den engeren Wirkungskreis wohlfahrtsstaatlicher familienpolitischer Steuerungsversuche und individueller Norm- und Wertemuster hinausgehen. Zu denken wäre hier insbesondere an die jeweilige nationale Einwanderungspolitik, die bisher nur ungenügend in die Analysen miteinbezogen wurden (Grant et al. 2004). Wir hoffen, der vorliegende Artikel kann auch in diesem Zusammenhang Anregungen in methodischer und analytischer Hinsicht liefern.

- Ahn, Namkee/Pedro Mira, 2002: A Note on the Changing Relationship between Fertility and Female Employment Rates in Developed Countries, in: Journal of Population Economics 15, 667-82.*
- Andersson, Gunnar/Ann-Zofie Duvander/Karsten Hank, 2004: Do Child-Care Characteristics Influence Continued Child Bearing in Sweden? An Investigation of the Quantity, Quality, and Price Dimension, in: Journal of European Social Policy 14 (4), 407-18.*
- Berg-Schlosser, Dirk, 2003: Makro-Qualitative Methoden. In: ders./F. Müller-Rommel (Hrsg.), Vergleichende Politikwissenschaft, 4. Auflage, Opladen, 103-125.*
- Berghahn, Sabine, 2001: Ehe als Übergangsarbeitsmarkt? Discussion Paper FS 01-207, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Berlin.*
- Bhaumik, Sumon Kumar/Jeffery Nugent, 2005: Does Economic Uncertainty Affect the Decision to Bear Children? Evidence from East and West Germany. Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit Discussion Paper Nr. 1746. Bonn.*
- Brewster, Karin L./Ronald R. Rindfuss, 2000: Fertility and Women's Employment in Industrialized Nations, in: American Sociological Review 65, 271-96.*
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 2005: Perspektiven für eine nachhaltige Familienpolitik. Ergebnisse des Gutachtens von Prof. Dr. Eckart Bomsdorf. Berlin.*

- Caldwell, John C./Thomas Schindlmayr*, 2003: Explanations of the Fertility Crisis in Modern Societies: A Search for Commonalities, in: *Population Studies* 57 (3), 241-63.
- Casterline, John B.*, 2001: The Pace of Fertility Transition: National Patterns in the Second Half of the Twentieth Century, in: *Population and Development Review* 27 Supplement: Global Fertility Transition, 17-52.
- Castles, Francis G.*, 2003: The World Turned Upside Down: Below Replacement Fertility, Changing Preferences and Family-Friendly Public Policy in 21 OECD Countries, in: *Journal of European Public Policy* 13 (3), 209-27.
- Cronqvist, Lasse*, 2006: Tosmana – Tool for Small-N Analysis [Version 1.254], Marburg, in: <http://www.tosmana.net> (20.06.06)
- Dingeldey, Irene*, 2000: International Comparison of Tax Systems and their Impact on Work-Family Balancing. Gelsenkirchen: Institut Arbeit und Technik. <http://iat-info.iatge.de/aktuell/veroeff/am/dingel00b.pdf> (21.06.06).
- , 2002: Das deutsche System der Ehegattenbesteuerung im europäischen Vergleich, in: *WSI-Mitteilungen* (Hans Böckler Stiftung) (3), 154-60.
- DiPrete, Thomas A./S. Philip Morgan/Henriette Engelhardt/Hana Pacalova*, 2003: Do Cross-National Differences in the Costs of Children Generate Cross-National Differences in Fertility Rates?, in: *Population Research and Policy Review* 22 (5-6), 439-77.
- Esping-Andersen, Gøsta*, 1990: *The Three Worlds of Welfare Capitalism*. Princeton.
- Europe, Council of*, 2003: *Demographic Year Book*. Strasbourg.
- Fahey, Tony/Zolt Speder*, 2004: *Fertility and Family Issues in an Enlarged Europe*. European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions. Dublin.
- Gauthier, Anne H./Jan Hatzius*, 1997: Family Benefits and Fertility: An Econometric Analysis, in: *Population Studies* 51 (3), 295-306.
- Goldthorpe, John H.*, 1997: Current Issues in Comparative Macrosociology: A Debate on Methodological Issues, in: *L. Mjose/F. Engelstad/G. Brochmann/R. Kalleberg/A. Leira* (Hrsg.), *Comparative Social Research. Methodological Issues in Comparative Social Science*. Greenwich, 1-26.
- Gottfried, Heidi/Jacqueline, O'Reilly*, 2002: Reregulating Breadwinner Models in Socially Conservative Welfare Systems: Comparing Germany and Japan, in: *Social Politics* 9 (1), 29-59.
- Grant, Jonathan/Stijn Hoorens/Suja Sivadasan/Mirjam van het Loo/Julie DaVanzo/Lauren Hale/Shawna Gibson/William Butz*, 2004: *Low Fertility and Population Ageing. Causes, Consequences, and Policy Options*. Santa Monica etc., RAND Europe /European Commission.
- Gupta, Nabanita Datta/Nina Smith/Mette Verner*, 2006: *Child Care and Parental Leave in the Nordic Countries: A Model to Aspire to?* Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit (IZA) Discussion Paper, Nr. 2014. Bonn.
- Hakim, Catherine*, 2003: A New Approach to Explaining Fertility Patterns: Preference Theory, in: *Population and Development Review* 29 (3), 349-74.
- Hank, Karsten/Michaela Kreyenfeld/Katharina C. Spiess*, 2004: *Kinderbetreuung und Fertilität in Deutschland*, in: *Zeitschrift für Soziologie* 33 (3), 228-44.
- Hantrais, Linda*, 1997: Exploring Relationships Between Social Policy and Changing Family Forms Within the European Union, in: *European Journal of Population* 13 (4), 339-79.
- Hardmeier, Sibylle/Angelika von Wahl*, 2007: *Gebären und arbeiten: Die Zukunftsfähigkeit deutscher Familien- und Arbeitsmarktpolitik*, in: *Jürgen Kocka* (Hrsg.), *Zukunftsfähigkeit Deutschlands. Sozialwissenschaftliche Essays*. WZB-Jahrbuch 2006. Berlin, 315-337.
- Klammer, Ute*, 2005: *Soziale Sicherung*, in: *Silke Bothfeld/Ute Klammer/Christina Klenner/Simone Leiber/Anke Thiel/Astrid Ziegler* (Hrsg.), *WSI FrauenDatenReport*

2005. Handbuch zur wirtschaftlichen und sozialen Situation von Frauen, Berlin, 311-380.
- Kravdal, Oystein*, 1996: How the Local Supply of Day-Care Centers Influences Fertility in Norway, in: *Population Research and Policy Review* 15, 201-18.
- Kröhnert, Steffen/Reiner Klingholz*, 2005: Emanzipation oder Kindergeld? Der europäische Vergleich lehrt, was man für höhere Geburtenraten tun kann, in: *Sozialer Fortschritt* 54 (12), 280-90.
- Lijphart, Arend*, 1971: Comparative Politics and the Comparative Method, in: *American Political Science Review* (65), 682-93.
- McDonald, Peter*, 2000: Gender Equity in Theories of Fertility Transition, in: *Population and Development Review* 26 (3), 427-39.
- Meier, Volker*, 2005: Auswirkungen familienpolitischer Instrumente auf die Fertilität: Internationaler Vergleich für ausgewählte Länder. Studie im Auftrag der Robert Bosch Stiftung. Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München.
- Neyer, Gerda*, 2005: Family Policies in Western Europe. Fertility Policies at the Intersection of Gender, Employment and Care Policies, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* (1), 91-102.
- Nohlen, Dieter*, 1994: Vergleichende Methode, in: *Jürgen Kriz, Dieter Nohlen und Rainer-Olaf Schultze* (Hrsg.), *Politikwissenschaftliche Methoden. Band 2 Lexikon der Politik*, München
- Orloff, Ann Shola*, 1993: Gender and the Social Rights of Citizenship: The Comparative Analyses of Gender Relations and Welfare States, in: *American Sociological Review* 58 (3), 303-28.
- Ostner, Ilona*, 1995: Arm ohne Ehemann? Sozialpolitische Regulierung von Lebenschancen für Frauen im internationalen Vergleich, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte Heft B36-37*, 3-12.
- , 1998: Quadraturen im Wohlfahrtsdreieck. Die USA, Schweden und die Bundesrepublik im Vergleich, in: *Ilona Ostner und Stephan Lessenich* (Hrsg.): *Welten des Wohlfahrtskapitalismus*. Frankfurt a.M. / New York, 225-251.
- , 2004: Aus Anlass eines Geburtstags: "Gender and Welfare Revisited", in: *Sigrid Leitner, Ilona Ostner und Margit Schratzenstaller* (Hrsg.), *Wohlfahrtsstaat und Geschlechterverhältnis im Umbruch. Was kommt nach dem Ernährermodell?*, Wiesbaden, 44-61.
- Pfau-Effinger, Birgit*, 2000: *Kultur und Frauenerwerbstätigkeit in Europa. Theorie und Empirie des internationalen Vergleichs*. Opladen: Leske + Budrich.
- Ragin, Charles C.* 1987: *The Comparative Method: Moving Beyond Qualitative and Quantitative Strategies*. Berkeley.
- Rindfuss, Ronald R., Karen Benjamin Guzzo, and Philip Morgan*, 2004: The Changing Institutional Context of Low Fertility, *Population Research and Policy Review* 22, 411-38.
- Sainsbury, Diane* (Ed.) 1999: *Gender and Welfare State Regimes*. Oxford / New York.
- Sleebos, Joelle E*, 2003: Low Fertility Rates in OECD Countries: Facts and Policy Responses, in: *OECD Social, Employment and Migration Working Papers* 13.
- Sobotka, Tomas*, 2004: Is Lowest-Low Fertility in Europe Explained by the Postponement of Childbearing, in: *Population and Development Review* 30 (2), 195-220.
- Torr, Berna Miller/Susan E. Short*, 2004: Second Births and the Second Shift: A Research Note on Gender Equity and Fertility, in: *Population and Development Review* 30 (1), 109-30.
- United Nations*, 2005: *World Population Prospects. The 2004 Revision. Highlights*. United Nations. Department of Economic and Social Affairs Population Division. New York.